

Kosten für Festhalle sorgen für Unmut

Architekt Fritz legte im Neckartailfinger Gemeinderat Rechenschaft ab – Noch immer keine Endabrechnung

Die rund 4,5 Millionen Euro, die für die neue Festhalle Neckarallee bislang zu Buche schlagen, sind noch nicht das letzte Wort. Das wurde in der jüngsten Sitzung des Gemeinderates deutlich, als das Thema „Abrechnung der Baukosten“ zur Debatte stand.

VON CORNELIA NAWROCKI

NECKARTAILFINGEN. „Mit der Festhalle und dem Vorplatz haben wir ein Schmuckstück in Neckartailfingen, um das wir beneidet werden.“ Das Bauwerk sei eine äußerst positive Maßnahme, die den Ort städtebaulich bereichere. Mit diesen Worten leitete Bürgermeister Gerhard Gertitschke die Ausführungen von Walter Fritz vom Tübinger Architekturbüro Ackermann + Raff, das den Neubau konzipiert hat, ein.

Der Architekt machte bei seinem Vortrag eine recht unglückliche Figur. Außerdem blieb er den verärgerten Kommunalpolitikern auf ihre Fragen manche Antwort schuldig. Diese hatten ihn ordentlich in die Zange genommen. Fritz wies noch einmal darauf hin, dass für das Prestigeobjekt bislang Mehrkosten von

etwa 425 000 Euro – inklusive Nebenkosten – entstanden seien. Allerdings seien diese noch nicht komplett abgerechnet worden. Auch die Rechnungen für die Ausstattung der Halle würden noch fehlen. „Wir wissen nicht, was da ausgegeben und abgerechnet worden ist.“

Unkenntnis des Architekten bringt die Räte auf die Palme

Ob in der Summe bereits die Nachforderungen für die Erstellung der Starkstromanlagen enthalten seien, wollte Traute Hörner (FFW) wissen. Darauf wusste Fritz keine Antwort. Die Gemeinderäte brachte diese Unkenntnis auf die Palme, auch deshalb, weil die beauftragte Elektrofirma rund 100 000 Euro mehr auf ihrer Rechnung stehen hatte als im Kostenvoranschlag. Hörner wollte wissen, woher diese exorbitante Preissteigerung komme. Sie wies das Gremium auch darauf hin, dass die Kommune vorerst 66 000 Euro einbehalten habe. „Wenn ich diese zusätzliche Summe nicht beauftragt habe, dann zahle ich sie nicht. Erst muss ein Auftrag kommen und dann die Rechnung und

nicht umgekehrt“, stellte ihr Fraktionskollege Josef Oswald klar. Man solle vorläufig keine Zahlung leisten, riet Traute Hörner. Der Chef der Firma solle in einer Gemeinderatssitzung Rede und Antwort stehen und die Mehrkosten belegen, forderte Thomas Knöll (WJB/CDU). Sein Fraktionskollege Johannes Moskaliuk schlug vor, die Debatte zu beenden und das Thema erst dann wieder aufzurufen, wenn eine neue detaillierte und verbindliche Aufstellung vorliegt.

Ein Großteil der Kosten sei bereits aufgelistet, wehrte sich der Architekt, räumte aber ein, dass die gesamte Haustechnik fehle. Er gab Oswald recht, gezahlt werde nur, was beauftragt worden sei.

Ein Reizwort für die Ratsmitglieder ist auch „ib-pen“. Hinter diesem Kürzel verbirgt sich die Firma PEN Planung Engineering Nick GmbH aus Leonberg, die die Haustechnikplanung vornahm und nun ebenfalls hohe Nachforderungen stellt. Wie der Architekt durchblicken ließ, habe sich die Zusammenarbeit mit diesem Unternehmen von Beginn an recht schwierig gestaltet. Dessen Geschäftsführer Rainer Nick habe sich trotz mehrfacher Aufforderung nicht zu den Mehrkosten geäußert.

„Ich will die Zahlen sehen, Glaube allein genügt nicht“, forderte Dietmar Kuhn (SPD-FB) und wandte sich mit der Frage, ob er die Endsumme von 4,5 Millionen Euro für den Neubau garantieren könne, an Walter Fritz. Hans-Peter Hecke (FFW) erinnerte daran, dass man Aufträge über Summen im fünfstelligen Bereich gemeinhin schriftlich fixiert. Und sein Kollege Nicola Viggiano verlangte „eine klare Kostenanalyse“, aus der hervorgehe, wie die Mehrkosten entstanden sind. „Bestandteil Ihres Honorars ist auch die Kostenkontrollfunktion“, erinnerte er den Architekten.

Kritische Meinungsäußerungen gab es aus den Reihen des Rates und der Besucher auch dazu, dass man bei solch einem komplexen Bauwerk nicht einen fachkundigen Generalbeauftragten eingesetzt habe, der die einzelnen Gewerke kontrolliert und Kosten sowie Bauzeit im Blick behält.

Der Bürgermeister beendete schließlich die Diskussion und schlug dem Gremium vor, den Architekten mit der Klärung der Mehrkosten zu beauftragen. Damit erklärten sich die Räte einverstanden.